

Landesseniorenvertretung - ein kompetenter Partner

Es ist guter Brauch, eine neue Amtszeit mit einem Dank zu beginnen: Ich will das gerne tun und mich bei allen Delegierten bedanken, die mir auf der Mitgliederversammlung in Münster ihr Vertrauen durch die Wahl zur ersten Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen ausgesprochen haben. Als Nachfolgerin von Hiltrud Wessling trete ich in große Fußstapfen, die sie in ihrer langjährigen Arbeit für die LSV – davon sechs Jahre als Vorsitzende – hinterlassen hat. Sie hat mit großer Willenskraft und enormem Engagement die Belange der älteren Menschen in unserem Land aufgegriffen. Durch den Einsatz von Hiltrud Wessling hat sich das Bewusstsein für die Probleme der älteren Generation geschärft, aber ebenso die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Gesellschaft auf Wissen und Erfahrung der älteren Generation nicht verzichten kann. Ministerin Birgit Fischer hat bei der Mitgliederversammlung die Arbeit von Hiltrud Wessling ausführlich gewürdigt. Gefreut hat uns alle, dass Ministerin Fischer uns bestätigt hat, dass die Landesseniorenvertretung eine Institution ist, die bei politischen Entscheidungen für ältere Menschen nicht mehr übergangen werden kann. Wir berichten darüber auf den Seiten 3 und 4.

Meine neue Aufgabe gehe ich mit viel Zuversicht an. Zum einen steht mir ein kompetenter Vorstand, eine wissenschaftliche Beraterin und zwei Mitarbeiterinnen in der gut funktionierenden Geschäftsstelle zur Seite. Zum anderen beschäftige ich mich seit acht Jahren mit den Anliegen der Älteren, davon drei Jahre im Vorstand der LSV. Meine besonderen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Wohnen im Alter.

Eigentlich sollte das Schwerpunktthema dieser Ausgabe „Sport im Alter“ sein. Nun hat sich seit der letzten Ausgabe im März so viel ereignet, dass wir die aktuellen Ereignisse vorgezogen haben. In der kommenden Aus-

gabe im September wird das Thema „Sport im Alter“ im Mittelpunkt stehen.

Die Unterschriftenaktion, mit der wir unser Mitspracherecht als ältere Generation in der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung verankert sehen wollen, fand ihren Höhepunkt in Düsseldorf. Wir haben Landtagspräsident Ulrich Schmidt rund 52.000 Unterschriften überreicht. Mehr darüber lesen Sie auf Seite 5. Und da wir schon einmal im Büro des Landtagspräsidenten waren, haben wir die Gelegenheit genutzt, ihn nach seinen Aufgaben und seiner Arbeit insgesamt zu fragen. Er hat bereitwillig geantwortet. Das Interview mit ihm finden Sie auf Seite 6 und 7.



Dank für engagierte Arbeit: Die neue Vorsitzende Dr. Uta Renn, links und ihre Vorgängerin Hiltrud Wessling

Die Seniorenvertretungen des Landes haben viele Aktivitäten entwickelt, über die wir auf den Seiten 7 – 8 berichten. Wir vermitteln Ihnen auf Seite 2 Hintergrund-Wissen über Zuzahlungsregelungen für Sozialhilfeempfänger, die in Heimen leben. Wir erläutern neue Gesetze für Alten- und Krankenpflege ab Seite 10.

Wir hoffen und gehen davon aus, dass die Einsatzbereitschaft der rund 120 Seniorenvertretungen im Land für die Unterschriftenaktion nicht umsonst war. Nun stehen die Politiker im Wort, wenn ihr Engagement für die Älteren sich nicht nur in Sonntagsreden erschöpfen soll.

Dr. Uta Renn

Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen	2
LSV aktiv	
Aus dem Vorstand	3 – 5
Interview mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt	6 – 7
Aus den kommunalen Seniorenvertretungen	7 – 8
Sven Soest und Altenberge stellen sich vor	9 + 11
Impressum	12

HINTERGRUND-WISSEN:

Zuzahlungsregelungen für Sozialhilfeempfänger in Heimen

Mit der Reform der Krankenversicherung – dem GKV-Moderernisierungsgesetz (GMG) – sind die Zuzahlungen für Medikamente für gesetzlich Krankenversicherte erheblich erhöht worden. Eine vollständige Befreiung von Zuzahlungen, wie sie das bisherige Recht vorsah, gibt es nicht mehr.

Allerdings braucht kein Versicherter mehr als zwei Prozent der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt als Zuzahlungen aufzuwenden. Für chronisch kranke Versicherte ist die Grenze auf ein Prozent herabgesetzt.

Aber diese „Sozialverträglichkeit“ bedeutet für die Menschen, die in Heimen leben und Sozialhilfe beziehen unter Umständen eine unerträgliche Belastung. Die ehemalige Vorsitzende der Landesseniorenvertretung, Hiltrud Wessling, wandte sich mit einem Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, um auf diese Härte für die Betroffenen aufmerksam zu machen. Sie erhielt als Antwort einen „aktuellen Vermerk der zuständigen Fachabteilung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung“. Wir geben den Inhalt in gestraffter Form wieder:

Für die nach altem Recht vollständig von Zuzahlungen befreiten Empfänger von Fürsorgeleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, der Kriegsofopferfürsorge oder nach dem Grundsicherungsgesetz hat das neue Gesetz eine im Vergleich zu den übrigen Versicherten günstigere Regelung getroffen. Um die Belastungsgrenze zu ermitteln wird der Regelsatz des Haushaltsvorstandes nach der Regelsatzverordnung berücksichtigt. Die Höchstgrenze der

Zuzahlungen für Sozialhilfeempfänger beträgt im Jahr 72 € (West), das sind zwei Prozent der monatlichen Hilfe zum Lebensunterhalt eines Haushaltsvorstandes (durchschnittlich 295 € im Monat), falls der Bedürftige nicht chronisch erkrankt ist. Beim chronisch kranken Empfänger müssen höchstens 36 € im Jahr (ein Prozent der monatlichen Hilfe) zugezahlt werden.

Daraus ergibt sich eine monatliche Belastung von sechs bzw. drei €. Diese Beträge hält das Bundesministerium für verkräftbar.

Die Zuzahlungsregelungen gelten grundsätzlich auch für Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen in Pflegeheimen. Die Krankenkassen sowie die Sozialämter sind, so der Gesetzgeber, gehalten, durch flexible Anwendung der Zuzahlungsregelungen eine kontinuierliche Versorgung der Heimbewohner sicherzustellen.

Für Heimbewohner, die Sozialhilfe beziehen und nur über ein Taschengeld verfügen, könnten in einem Monat die Zuzahlungen die Höhe des Taschengeldes übersteigen. Deshalb haben in den vergangenen Monaten im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Gespräche mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen, den Kommunalen Spitzenverbänden sowie den Dachorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege stattgefunden.

Ziel dieser Gespräche war es, so teilt das Bundesministerium weiter mit, für die betroffenen Menschen sozialverträgliche Lösungen zu finden.

Die Gesprächsrunde sieht eine Lösung aller Schwierigkeiten darin, dass die Heime die Zuzahlungen für die Heimbewohner an die Kassen

entrichten, wenn kein einsetzbares Vermögen vorhanden ist und auch keine unterhaltspflichtigen Verwandten eintreten. Die Betroffenen erhalten dann von den Krankenkassen eine „Befreiungsbescheinigung“ für die Zuzahlungspflichten für das restliche Jahr.

Um nun bei den Heimen finanzielle Probleme zu vermeiden, ist folgendes Verfahren vorgesehen: Die Abschlagszahlungen der Sozialhilfeträger an die Heime zu Anfang des Jahres werden in den Fällen, in denen Heimen absehbar finanzielle Probleme drohen, angemessen erhöht.

Im Rahmen der Abrechnungen zwischen Heimen und Sozialhilfeempfängern können dann die als Darlehen vorausbezahlten Zuzahlungen mit dem in den folgenden Monaten anteilig um sechs bzw. drei € geminderten Taschengeld verrechnet werden.

Dieses Verfahren wird, so schreibt das Bundesministerium, bereits in einzelnen Bundesländern praktiziert.

Das Bundesministerium schreibt in seinem Brief an die LSV: „Ich gehe davon aus, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten der neugestalteten Zuzahlungsregelung nunmehr auf Landesebene praxisnahe und patientenfreundliche Lösungen gefunden sind.“ Weiter heißt es:

Versicherten, die mit den Entscheidungen ihrer Krankenkassen nicht einverstanden sind, sollten sich an die für die Krankenkassen zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Das Bundesministerium (...) kann auf die Entscheidungen von Krankenkassen im Einzelfall keinen Einfluss nehmen.“

Zusammengefasst von Elke Seul

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Ministerin: Landessenorenvertretung ist das Sprachrohr der älteren Generation

Die Landessenorenvertretung Nordrhein-Westfalen hat eine neue Vorsitzende: Nachdem sich Hiltrud Wessling auf der Mitgliederversammlung im April diesen Jahres nach sechs Jahren Vorsitzendentätigkeit nicht mehr zur Wahl stellte, gab es zwei neue Kandidatinnen: Dr. Uta Renn aus Köln und Ruth Hunecke aus Bielefeld/Bad Salzuflen. Die Abstimmung der Delegierten ergab mit einer Stimmenthaltung: 61 Stimmen für Dr. Uta Renn und 29 für Ruth Hunecke, die dann fairerweise das Amt der zweiten Vorsitzenden übernahm.

Außer Hiltrud Wessling beendeten noch drei weitere Mitglieder ihre Tätigkeit im Vorstand: H.-E. Knoll, H. Klemens und I. Scheinemann.

Die Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen war zu Delegierten-Mitgliederversammlung aus Düsseldorf angereist. Sie fand persönliche, herzliche Dankesworte für das ehrenamtliche Engagement der ausscheidenden Vorstandsmitglieder:

Horst-Erhardt Knoll, 72 Jahre, seit drei Jahren einer der stellvertreten-



Die Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW, Birgit Fischer, sprach bei der Mitgliederversammlung der LSV in Münster.



Der neue Vorstand der Landessenorenvertretung Nordrhein-Westfalen: Von links: Eleonore Köth-Feige, Ruth Hunecke, Dr. Uta Renn, Egon Backes, Wilhelm Krümpelmann. Hintere Reihe: Günter Illhardt, Barbara Eifert, Hildegard Jaekel.

den Vorsitzender der LSV hat in seinem Leben viele Ehrenämter bekleidet, vom Ratsmitglied und Ehrenmitglied der Stadt Dortmund, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und Vorsitzenden des Seniorenbeirates der Stadt Dortmund.

Herbert Klemens, 80 Jahre, gehörte dem Gründungsvorstand der Landessenorenvertretung als Schriftführer an, eine Funktion, die er bis zum April 2004 ausübte. Ministerin Birgit Fischer hob den Einsatz von Herbert Klemens für die beliebten Wochenseminare in Soest hervor. Die Ministerin wünschte ihm, dass, wie er es selbst formuliert habe, „Körper und Geist“ noch lange Freude an der Arbeit im Seniorenrat der Stadt Mettmann bereite.

Auch Irmgard Scheinemann (70 Jahre) stellte sich nicht mehr zur Wahl. Sie war seit 1994, zu einem Zeitpunkt, als sie noch berufstätig war, stellvertretende Vorsitzende des Seniorenrates der Stadt Düsseldorf. Seit 1996 ist sie Mitglied der LSV und seit 1999 stellvertretende Vorsitzende. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit lagen im Landespflegeausschuss und in der Landesinitiative zur Senioren-

wirtschaft. Gemeinsam mit Herbert Klemens baute sie die Soester Seminare auf. Die Spuren einer Fülle von ehrenamtlichen Tätigkeiten hinterlässt Irmgard Scheinemann in Düsseldorf. Die Ministerin dankte ihr besonders herzlich für soviel Engagement.

Die Stationen der ehrenamtlichen Tätigkeiten von Hiltrud Wessling aufzuzeigen, das schaffte die Ministerin nicht. „Aber der Einsatz von Hiltrud Wessling ist vor dem Hintergrund der schweren Erkrankung ihres Mannes nicht hoch genug zu würdigen“, beschrieb Ministerin Birgit Fischer Hiltrud Wessling „als engagierte Frau mit Gestaltungswillen.“ Einfach nur „danke“ zu sagen, das sei ihr zu wenig. Die Ministerin wörtlich: „Frau Wessling, Sie werden mir fehlen. Ich habe gerne mit Ihnen zusammen gearbeitet, es war immer persönlich angenehm und seniorenpolitisch engagiert und anregend.“

Dem neuen Vorstand sicherte Birgit Fischer ihre volle Unterstützung zu. „Die Landessenorenvertretung ist das Sprachrohr der älteren Generation“. Sie freute sich auf eine hoffentlich weiterhin konstruktive

Zusammenarbeit mit der Landesessenorenvertretung, die ein wichtiger Gesprächspartner in allen Belangen der Seniorenpolitik sei.“ Sie lud den neuen Vorstand zu einem „Kennenlerntreffen“ nach Düsseldorf ein.

Bevor die Ministerin ihre Laudatio für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder hielt, hatte Hiltrud Wessling den Delegierten und Ehrengästen ein herzliches Willkommen geboten. Sie hielt einen Rückblick auf die Aktivitäten der LSV, die unter anderem in zwölf maßgeblichen Gremien zur Altenpolitik auf Landesebene mitarbeitet. Neu hinzugekommen sind 2003 die Mitgliedschaft im Kuratorium des Forschungsinstitutes für Geragogik, einem Institut, das sich mit Fragen der Altersbildung beschäftigt. Die LSV hat nun auch das lang erkämpfte Benennungsrecht für den Platz des älteren Menschen im WDR-Rundfunkrat. Dafür sei eine Gesetzesänderung not-

wendig gewesen, die auf Initiative der LSV auch durchgeführt worden sei. Die LSV hat für ein Jahr die Geschäftsführung der 2003 gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft der Landessenorenvertretungen übernommen. Eine Entscheidung, die notwendig geworden sei, um die inhaltliche Fortführung der aufgelösten Bundessenorenvertretung zu gewährleisten. Stellungnahmen zur Novellierung des Landespflegegesetzes, zum „Wohnen im Alter“ und zur Generationengerechtigkeit beweisen unübersehbar, dass die Landessenorenvertretung mit ihren rund 120 Seniorenvertretungen ein ernst zu nehmender Partner in der Altenpolitik geworden sei. Erstmals ist die LSV Träger eines vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW geförderten Forschungsprojektes „Altengerechte Stadt“. Weitere Projekte sind das 2004 abgeschlos-

sene „Limits – selbstbestimmt leben – menschlich sterben sowie das Bundesmodellprojekt „EFI“ (Erfahrungswissen für Initiativen), das in NRW in sechs Modellkommunen durchgeführt wird.

Eine Fülle von Anträgen wurden im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung zügig und konkret besprochen und abgestimmt.

Die Wahl des neuen Vorstandes ergab folgendes Ergebnis: Erste Vorsitzende: Dr. Uta Renn, Köln; stellvertretende Vorsitzende Ruth Hunecke, Bielefeld; stellvertretender Vorsitzender Egon Backes, Reichshof; Schriftführerin Hildegard Jaekel, Dorsten; Schatzmeister Günter Illhardt, Münster; Beisitzerin Eleonore Köth-Feige, Lünen; Beisitzer Wilhelm Krümpelmann, Gütersloh; Wissenschaftliche Beraterin des Vorstands ist Barbara Eifert, Institut für Gerontologie, Dortmund. *Elke Seul*

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

WÜRSELEN

Die Arbeit des Europäischen Parlaments

Der Seniorenbeirat der Stadt Würselen, eingeladen von der europäischen Akademie Nordrhein-Westfalen, weilte unter der Leitung von Alfred Mundt vom 23. – 24. März in Brüssel, um einmal hinter den Kulissen der Europäischen Union einen Einblick zu gewinnen. Im Hotel Wawre, kurz vor Brüssel gelegen, fand die Begrüßung und ein erstes Referat unter Seminarleitung von Natali Rezwanian-Amiri statt.

Bei diesem Referat wurde die Europäische Union in groben Zügen bezüglich Entwicklung und Zusammensetzung, jedoch gut verständlich, dargestellt. Am Nachmittag folgte ein Gespräch mit der Referentin Elke Tippelmann aus Bonn-Brüssel in der BASGO-Kontaktstelle über die Vertretung von Senioren-Interessen in Europa mit anschließender Diskussion. Es hieß unter anderem, dass das Eu-

ropäische Parlament eine echte Volksvertretung sei. Am gleichen Nachmittag fand eine Besichtigung des Parlaments statt mit Erläuterungen über die Zusammensetzung der einzelnen Länder und Sitzverteilung. Am nächsten Morgen ging es wieder ins Parlament, um dort den Europa-Abgeordneten Martin Schulz zu treffen. In einem einstündigen Referat sprach Schulz über die europäische Verfassung und die europäische Union. Sein besonderes Anliegen, so erläuterte er, sei die Zusammenfassung der Polizei aller europäischen Länder, um gemeinsam wirksam den herrschenden Terrorismus zu bekämpfen. Das Parlament besteht zur Zeit aus 626 Abgeordneten. Nach den Europawahlen werden von rund 455 Millionen Bürger aus 25 europäischen Staaten 732 Abgeordnete im Parlament vertreten sein. Anschließend folgte unter der Leitung von Wim Lennarts ein Rundgang durch Brüssel.

Zum Abschluss gab es noch eine kurze Zusammenfassung und Seminar-kritik mit Natali Rezwanian-Amin.

Umfrage zu einer Seniorenzeitung

Grundsätzlich sind ältere Menschen die treuesten Zeitungsleser.

Die Informations- und Kommunikationsberaterin Dr. Sigrid Lindner startet eine Umfrage unter Älteren mit folgenden Schwerpunkten:

- Halten Sie Ihre Tageszeitung in der jetzigen Form inhaltlich auch für Senioren für ausreichend geeignet und interessant?
- Ist Ihre jetzige Zeitung von der Aufmachung her (Schriftgröße, Satzbau, Sprache) auch für ältere Menschen geeignet?
- Würden Sie eine spezielle Zeitung, die mehr Themen für ältere Menschen enthält Ihrer bisherigen Tageszeitung vorziehen?
- Wieviel dürfte eine solche Zeitung bei drei Ausgaben pro Woche kosten? Genausoviel wie die jetzige Tageszeitung, weniger oder mehr als Ihre tägliche Zeitung?

Was meinen sie dazu?

Schreiben Sie uns ihre Meinung an die Geschäftsstelle.

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Unterschriftenaktion ist ein Signal



Abschluss der landesweiten Unterschriftenaktion: Rund 53.000 Unterschriften verschnürt, in mehreren Paketen, überreichte der Vorstand der Landesseniorenvertretung gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen dem nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt im Düsseldorfer Landtag.

Fotos: Dietmar Seul

So viel Trubel gibt es sicher selten im Vorzimmer des nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt: Rund 30 Erwachsene, Hörfunk und Fernsehen und eine lange Reihe von Kindern. Sie halten eine aneinander gereimte Fotomontage – ein Mix aus Bildern verschiedener Altersgruppen vom Baby bis zu den Großeltern – passend zur Aussage: Alter ist keine Einbahnstraße. Viel gewichtiger im wahrsten und im übertragenen Sinne ist das, was die Jugendlichen in ihren Armen halten. Rund 53.000 Unterschriften, gesammelt in ganz Nordrhein-Westfalen. Eine Aktion der Landesseniorenvertretung NRW, die damit dokumentieren will, wie wichtig es sein wird, wenn ältere Menschen in der Politik ein Wort mitreden können. Um das aber gesetzlich zu verankern, müsste die Gemeindeordnung geändert werden. Das wiederum ist Sache der Landesregierung.

In den Jahren 2003 und 2004 haben die Seniorenvertretungen in ganz Nordrhein-Westfalen deshalb eine Unterschriftenaktion gestartet, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. „Das war ein großer Kraftakt, an dem sich der Vorstand sowie viele

engagierte Seniorenvertretungen und weitere Organisationen, allen voran die verdi.-Senioren beteiligt haben“, berichtete die ehemalige Vorsitzende der LSV, Hiltrud Wessling, dem Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt. „Es war das erste Mal, dass wir eine solche Aktion gewagt haben“, sagte Hiltrud Wessling. Auf der Seite der LSV sei damit ein guter Erfolg erzielt worden. Es sei gar nicht einfach gewesen, auf eigens eingerichteten Ständen auf Straßen und Märkten sowie im Bekannten- und Freundeskreis die Menschen davon zu überzeugen, wie wichtig ein Mitspracherecht der älteren Menschen in der aktuellen kommunalen Politik sei. Die älteren Menschen wollten nicht in den politischen Abstimmungsprozess einbezogen werden. Aber sie streben an, in den seniorenrelevanten Ausschüssen ein Mitspracherecht zu haben. Und dies nicht zuletzt wegen des demografischen Wandels.

Als im Laufe eines Jahres die rund 53.000 Unterschriften zusammen gekommen waren, zog die Landesseniorenvertretung mit ihren Unterschriftenpaketen nach Düsseldorf, um sie dem Landtagspräsidenten persönlich zu überreichen. Der

wiederum betonte, dass diese Unterschriften ein wichtiges Signal für den Landtag seien und über alle Fraktionsgrenzen hinweg Zeichen setzen. Dieses Signal werde mit Sicherheit in allen Parteien zur Kenntnis genommen und die Interessen der Älteren verstärkt beachtet.

Der Landtagspräsident ließ allerdings keine falschen Hoffnungen aufkommen: So wichtig das Signal einer solchen Unterschriftenaktion auch sei, die Gemeindeordnung zu ändern – das sei allerdings ein schwieriges Problem.

Hiltrud Wessling, appellierte an die gute Zusammenarbeit mit dem Landtagspräsidenten in der Vergangenheit, die die LSV stets zu schätzen gewusst habe. Hiltrud Wessling fand dafür herzliche Dankesworte, die von Ulrich Schmidt erwidert wurden: Sie habe stets sehr viel Engagement gezeigt, stets neue Ideen verwirklicht. „Auch wenn Sie als Vorsitzende ausscheiden, bleiben Sie Motor, Mahnerin und Macherin“, sagte der Landtagspräsident und überreichte Hiltrud Wessling ein Geschenk. „Es war insgesamt eine gute Zeit im wechselseitigen Spiel der Kräfte.“

Elke Seul

REPRÄSENTANT UND ENGAGIERTER POLITIKER

Was macht eigentlich ein Landtagspräsident? Fragen an Ulrich Schmidt

Frage: *Worin bestehen die Aufgaben eines Landtagspräsidenten?*

Antwort: Als Präsident bin ich der 1. Repräsentant des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich vertrete den Landtag und damit die Interessen der 231 Abgeordneten, die von den Bürgerinnen und Bürgern im Land als ihre Volksvertreter ins Parlament gewählt worden sind. Außerdem führe ich die Geschäfte des Landtags, bin der Chef der Verwaltung und Arbeitgeber von zurzeit 348 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. An Plenartagen leite ich abwechselnd mit den Vizepräsidenten die Landtagssitzungen. Ich habe unparteiisch darauf zu achten, dass die Beratungen gerecht ablaufen und die Geschäftsordnung des Landtags nicht verletzt wird. Zusätzlich habe ich das Hausrecht.

Frage: *Wie wird man Präsident des Landtags?*

Antwort: Ich bin am 31. März 1942 in Witten geboren. Nach der Volksschule machte ich eine kaufmännische Lehre bei Hoesch in Dortmund, die ich 1959 mit der Industriekaufmannsprüfung abschloss. Nach der Lehre wurde ich aufgrund der miserablen Wirtschaftslage nicht übernommen und wechselte zu einer Betriebskrankenkasse.

In die SPD bin ich 1964 eingetreten. Ich war Vorsitzender der Jungsozialisten Volmarstein von 1965 bis 1967, seit 1969 dann Ortsvereinsvorsitzender Wetter-Volmarstein. 1970 wurde ich Mitglied des Rates der Stadt Wetter/Ruhr, war Vorsitzender des Kultur- und Sport-Ausschusses von 1970 bis 1975. Von 1975 bis 1995 war ich Bürgermeister der Stadt Wetter/Ruhr. Dort lebe ich auch heute noch zusammen mit meiner Ehefrau.

Gewerkschaftlich habe ich mich schon früh engagiert: Seit 1960 bin ich Mitglied der Industriegewerkschaft Metall. Dann bin ich 1968 Mitglied der Arbeiterwohlfahrt gewor-



Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt

den, war Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ennepe-Ruhr von 1978 bis 1985.

Am 28. Mai 1975 wurde ich Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags. Von 1990 bis 1995 war ich dann 2. Vizepräsident des Landtags NRW. Seit 1995 bin ich Präsident des Landtags und werde mein Amt im Sommer 2005 aufgeben, um Jüngeren den Platz frei zu machen. Übrigens bin ich einer der dienstältesten Abgeordneten des Landtags.

Ehrenamtlich engagiere ich mich unter anderem als Mitglied im Aufsichtsrat der Ev. Stiftung Volmarstein, ich bin Vorsitzender des Landesverbandes NRW der „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.“ Außerdem bin ich Schirmherr der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft NRW und Vorsitzender des Landesmusikrats NRW. Um nur einige meiner Ehrenämter hier beispielhaft zu nennen.

Frage: *Wie sieht ein typischer Tagesablauf eines Landtagspräsidenten aus?*

Antwort: An einem Plenartag zum Beispiel leite ich zusammen mit den Vizepräsidenten die Landtagssitzungen. Jeweils nach einer Stunde wechseln wir uns ab. In der Regel bedeutet das für mich, dass ich an einem Plenartag drei bis vier Mal den Vorsitz übernehme. Zwischendurch empfangen ich zahlreiche Delegationen im Empfangsraum: So zum Beispiel den türkischen Parlamentspräsidenten, den israelischen Botschafter, Generalkonsule, Jugendgruppen aus meinem Wahlkreis oder auch wichtige Delegationen, die der Bundestagspräsident Thierse uns nach Düsseldorf schickt.

Darüber hinaus habe ich regen Kontakt zu Journalisten, führe Interviews, gehe in Fernseh-Talkrunden und stehe den Journalisten der Landespresskonferenz zu allen Themen des Landtags Rede und Antwort.

Außerdem bin ich an Plenartagen vor allem Ansprechpartner für die Abgeordneten. Haben die ein Problem, bin ich erster Gesprächspartner und versuche zu vermitteln.

Frage: *Was macht Ihnen Freude an der Arbeit?*

Antwort: Ich hätte mir nie vorstellen können, einmal das höchste repräsentative Amt im Lande ausüben zu dürfen. Spaß macht mir vor allem der Kontakt zu den unterschiedlichsten Menschen. Und: Dass ich mit meinem sozialen Engagement in der Vergangenheit viel erreicht habe. Zum Beispiel habe ich am Landesaltenplan mitgewirkt.

Außerdem setze ich mich für eine transparente Entlohnung aller Abgeordneten ein, damit in Zukunft die vielfach von der Öffentlichkeit kritisierten steuerfreien Pauschalen wegfallen. Somit würde dann jeder Abgeordnete steuermäßig wie jeder andere Bürger auch behandelt werden.

Frage: Was bereitet Verdruss?

Antwort: Verdruss bereitet mir, dass das Parlament bezogen auf die Berufsgruppen immer noch nicht ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellt. Denn mir ist wichtig, dass alle Berufsgruppen hier auch vertreten sind. Als Landtagspräsident war mir von Anfang an klar, dass ich keine geregelten Arbeitszeiten habe und eine Sieben-Tages-Woche eingehe.

Sorgen macht mir die sinkende Wahlbeteiligung und die Politikverdrossenheit der jungen Menschen.

Um den Landtag transparenter zu machen, habe ich zum Beispiel das Haus jetzt an Sonntagen geöffnet, damit die vielen Spaziergänger nicht nur am Rhein entlang wandern, sondern auch einmal einen Blick in ihr Bürgerhaus werfen können.

Frage: Warum ist Alter ein Thema für Sie?

Antwort: Alter ist für mich ein Thema, da ich mich seit vielen Jahren um das Thema kümmere. Wie schon erwähnt habe ich beim Landesaltenplan mitgewirkt.

Gerade in unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass auch der Rat und die Erfahrung von Senioren in allen Lebens- und Arbeitsbereichen gefragt sind.

Aufgrund der demografischen Entwicklung in der Gesellschaft - die Menschen werden immer älter -, gewinnen Senioren einen immer größeren Stellenwert in der Gesellschaft. Ich empfinde es als richtig, dies auch als Chance zu verstehen.

Frage: Was geschieht mit den Unterschriften?

Antwort: Ich habe die 53.000 Unterschriften der Landesseniorenvertretung an die Abgeordneten der zuständigen Ausschüsse weitergeleitet. Denn es ist eine politische Entscheidung, wie in Zukunft das Mitspracherecht Älterer in der Gemeindeordnung verankert wird. Ich kann dabei die Vermittlerrolle übernehmen.

Das Gespräch führte Elke Seul

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

DÜSSELDORF

Diskriminierung oder doch nicht ?

Im November 2003 hat der Düsseldorfer Seniorenbeirat sich offiziell in seiner öffentlichen Sitzung gegen eine Aktion von Altersdiskriminierung gewandt.

Die Fakten: Zwei Tage zuvor hatten der Ordnungs- und Verkehrsausschuss in Zusammenarbeit mit der Rheinbahn beschlossen, alle Führerscheininhaber über 70 Jahre anzusprechen und ein Angebot zu offerieren: Wer freiwillig seinen Führerschein abgibt und ein „Bären-ticket“ erwerben will, darf einen Monat umsonst mit Bus und Bahn fahren. (Das Bären-ticket ist ein günstiges Angebot für Personen über 60 Jahre im VRR.)

Die Kritik des Seniorenbeirates mündlich in der Sitzung erörtert und schriftlich als Protestschreiben an die beiden Gremien sowie den Oberbürgermeister wendet sich gegen die unterschwellige Auffassung, dass Menschen über 70 nicht mehr fahrtüchtig sind. Der OB hat als schnelle Reaktion den Beschluss des Ausschusses sofort gestoppt. Zudem drängen sich eine Reihe von Fragen auf:

- Es ist nie untersucht und festgestellt worden, dass ältere Menschen schlechtere Verkehrsteilnehmer sind als jüngere. Im Gegenteil, sie fahren oft mit langer Fahrpraxis und Umsicht besser und vorsichtiger als andere. Sie gefährden die Allgemeinheit weniger als Alkoholranke, Drogensüchtige oder anderweitig Erkrankte, die zum Beispiel Medikamente nehmen oder jugendliche Raser.
- Wer nimmt sich das Recht heraus, das Alter für das einmonatige Angebot auf 70 anzusetzen ?
- Wie sieht es mit Datenschutz aus. Und: werden alle angeschrieben, auch die ehemaligen Bürgermeister, Landtagsabgeordneten, Ma-

nager von großen Firmen oder wird auch hier selektiert ?

70jährige Minister regieren unser Land. Sind sie aber nicht mehr fähig, Auto zu fahren?

Natürlich spricht nichts dagegen, wenn Verkehrsteilnehmer freiwillig aus eigenem Entschluss den „Lappen“ abgeben und dann das Sonderangebot der Rheinbahn in Anspruch nehmen, aber das sollte für jedes Alter gelten.

Der Seniorenbeirat hat in den letzten Jahren wiederholt gefordert, dass sich alle Führerscheininhaber in gewissen Zeitabständen einer Gesundheitskontrolle unterziehen sollten, wie es in anderen Ländern auch üblich ist.

Ergebnis des Protestes:

- Stopp der Aktion- viel Zustimmung- aber auch Verwunderung bis Ablehnung bei vielen Senior/innen; das Angebot wäre doch eine gute Anregung- das ist doch gut gemeint- das ist doch alles gar nicht so schlimm.
- Fazit: Wäre der Seniorenbeirat im Vorfeld der Aktion informiert oder in die Überlegungen einbezogen worden - es ist ja ein seniorenrelevanter Belang -dann hätte sich der Eklat und die heiße Diskussion erübrigt.

Irmgard Scheinemann

LIPPSTADT

Viele Fragen zum Thema „Wohnen im Alter“

Die Stadt Lippstadt hat ihren Seniorinnen und Senioren viel zu bieten. Das zeigte sich jetzt einmal mehr beim „2. Markt der Möglichkeiten - Aktiv älter werden in Lippstadt“. Besonders zum Schwerpunktthema „Wohnen im Alter“ konnten umfangreiche Informationen vermittelt werden. In den weitläufigen Räumen der Volkshochschule Lippstadt im „Wohnpark Süd“ stellten über 30 Vereine, Gruppierungen, Orga-

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

nisationen und engagierte Einzelpersonen ihre Angebote an Infoständen beziehungsweise ihre „Mitmachangebote“ vor. Die Palette reichte vom Sportangebot über ehrenamtliches Engagement, Kreativangebote, kulturelle Angebote und das Thema „Sicherheit im Alltag“ bis hin zu neuen Wohnformen im Alter. Die Besucherinnen und Besucher konnten mit Experten über „neue Wohnformen im Alter“ diskutieren. Anbieter von Service-Wohnobjekten, ambulanten Diensten, Vertreterinnen der Wohnberatungsstelle und der Träger unabhängigen Pflegeberatung sowie Vertreter/innen aus der Politik standen den interessierten Gästen Rede und Antwort. Sachvorträge ergänzten das Programm.

Aber auch die Unterhaltung kam nicht zu kurz. Zwei Orchester, ausschließlich mit Senioren besetzt, sorgten für den musikalischen Rahmen der Veranstaltung. Die Veranstalter/innen vom Fachbereich Jugend und Soziales - Seniorenberatungsstelle - und dem Seniorenbeirat der Stadt Lippstadt zogen ein sehr positives Resümee. Nachdem schon der „1. Markt der Möglichkeiten“ 2002 ein Erfolg war, übertraf die diesjährige Veranstaltung erneut die Erwartungen. Die Verantwortlichen sind sich einig: In zwei Jahren wird der „3. Markt der Möglichkeiten“ in Lippstadt durchgeführt; dann wieder mit einem neuen Schwerpunktthema.

WESEL

Zukunft der Versorgung Pflegebedürftiger

Der Seniorenbeirat der Stadt Wesel lud zu einem Vortrag ein. Thema: Die zukünftige Versorgung und Entwicklung für Pflegebedürftige in Heimen und ambulanter Pflege, Aufgaben, Ziele, Konzepte. Referent war Diplom-Pflegewissenschaftler Michael Isfort vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung Köln.

Der Vortrag war gut besucht und es gab anschließend eine lebhaft diskussion zwischen Pflegeverantwortlichen, Sozialstationen der Stadt und den örtlichen Politikern.

Der Referent wies darauf hin, dass Pflegebedürftigkeit in den kommenden Jahren zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema wird. Schon jetzt seien mehr als zwei Millionen Bürger pflegebedürftig und in 15 Jahren über eine Million mehr.

Der größte Pflegedienst werde noch in den eigenen vier Wänden von Angehörigen geleistet. Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums seien 38 Prozent der Pflegebedürftigen auf eine Unterstützung rund um die Uhr angewiesen. Gerade die nächtliche Versorgung stelle die stärkste Belastung der Angehörigen dar.

Das derzeitige System der Pflegeversicherung wurde vom Referenten stark kritisiert, da die Einteilung in nur drei Stufen zu ungenau sei. Gerade Demenzerkrankte seien oftmals körperlich sehr aktiv, bedürften aber rund um die Uhr der Beobachtung und der Sorge. Sie würden nach den Kriterien der Pflegeversicherung nur in ganz geringem Maße berücksichtigt.

Weitere Schwerpunkte des Vortrages waren

- Forschungsergebnisse in anderen Ländern wie Dänemark und Finnland, die sehr erfolgreiche Ergebnisse aufweisen
- Gesundes Altern
- Soziale Netze aufbauen
- Vorsorge zur Vermeidung von Stürzen

Das Institut für angewandte Pflegeforschung Köln unter der Leitung von Prof. Dr. Frank Weidner untersucht regelmäßig zentrale Fragen der Versorgung im Bereich der Pflege. So erforscht das „dip“ jährlich die Situation im Pflegepersonalwesen und berichtet der Öffentlichkeit darüber in Zeitungen und Rundfunk.

ESSEN

Stadtteilbibliotheken

In Zeiten leerer Kassen stehen alle freiwilligen Aufgaben einer Gemeinde auf dem Prüfstand. Dies gilt auch für gemeindliche Aktivitäten im kulturellen Bereich. In Essen ging es vor dem Hintergrund der katastrophalen Haushaltslage um den Bestand mehrerer Stadtteilbibliotheken. Deren Schließungen hätten sich nachteilig auf die Lebensqualität der Bürger in den betroffenen Essener Stadtteilen ausgewirkt.

Der Seniorenbeirat hat sich auf Anregung seines Vorsitzenden K. H. Völker mit dieser Problematik befasst. Dem Rat der Stadt wurde eine personelle Unterstützung der Stadtteilbibliotheken durch ehrenamtliche Mitarbeit entsprechend qualifizierter Seniorinnen und Senioren angeboten.

Ziel war es, die vorgesehenen Schließungen von Bibliotheken zu verhindern und den stadtteilbezogenen Büchereibetrieb aufrecht zu erhalten. Eine Grundversorgung mit Büchern, Zeitschriften und modernen Bibliotheksmedien sollte gewährleistet sein.

Der Rat hat inzwischen ein Bibliotheksnetz beschlossen, das die zunächst unumgänglich notwendig erscheinende Schließung von Stadtteilbibliotheken unter anderem auch dank der Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit engagierter Bürger und Bürgerinnen im bibliothekstechnischen Bereich vermeidet.

Durch die tatkräftige Unterstützung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer im Bereich von vier Stadtteilbibliotheken kann eine kostenlose Anlieferung von Büchern, Zeitschriften, Hörkassetten, CDs, Videos und DVDs nach Hause angeboten werden. Das Angebot ist für nicht (mehr) mobile Bürgerinnen und Bürger, aber auch für solche in Alten- und Pflegeeinrichtungen gedacht.

Alfred Kilzer

SENIORENVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

z. B. Soest

Am 7. April 2003 meldete sich zum ersten Mal der Seniorenbeirat über das Bügerradio, und das wird sich insgesamt zwei- bis dreimal im Jahr fortsetzen und weiterhin entwickeln.

Wir nutzten die Gelegenheit mit großer Unterstützung durch H. Rupp, dem Redakteur des Bügerradios. Mit viel Lampenfieber und allein gelassen mit der roten Aufnahmeleuchte stellten wir uns als Seniorenbeirat vor und wollten, besonders für die Soester Seniorentage im April, im Blauen Saal des Rathauses werben und dazu einladen.

Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft haben das Seniorenbüro der Stadt Soest unter Leitung von H. Bamberg und der Seniorenbeirat die Soester Seniorentage veranstaltet unter reger Teilnahme der Soester Seniorinnen und Senioren.

Folgende Themen standen zur Diskussion:

- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) Clever unterwegs mit Bus und Bahn
- Neue Medien
- Sucht im Alter
- Altersdiskriminierung

Frau Zurmühl als Vertreterin der RLG – Regionalverkehr Rhein-Ruhr-Lippe referierte sehr anschaulich und erfrischend über Verkehrsgemeinschaften, RLG Produkte, unterschiedliche Fahrkarten (wie zum Beispiel Einzelkarte, 4er-Karte, Zusatznutzen), weitere Verkehrsmittel wie Taxi-Bus im Kreis Soest, Bedarfslinienverkehr mit Taxi oder Kleinbus, Nacht-Anruf-Sammel-Taxi in die Soester Nachbargemeinden, Anruf-Sammel-Taxi (AST) Soest, Anschlussgarantie im Kreis Soest, Pünktlichkeitsgarantie seit 1. Juni 2002, Fahrpreise in der Stadt Soest aufgeteilt in Preiszonen.

Ergänzende Fragen stellten sich, wie zum Beispiel: Ich fahre mit der Bahn von Soest nach Hamm und möchte dann mit dem Bus weiter fahren. Muss ich im Bus eine neue Fahrkarte lösen?

„Nein! Der Gemeinschaftstarif von VRL/VGM ermöglicht es, mit einer Fahrkarte Bus und Bahn zu nutzen.“

Mobilität bedeutet Lebensqualität, und so werden wir uns neu informieren müssen. Wo und wie löse ich meine Fahrkarte? Dazu gehört an den Bahnhöfen der Fahrkartenautomat. Es ist anzuraten, einfach einen Fahrkartenautomaten auszuprobieren und nach den Vorgaben zu üben. Jeder Vorgang kann jederzeit über die Korrekturtaste gestoppt werden, so dass auch Fehler jederzeit korrigiert werden können. Ein ebenso wichtiger Hinweis. Nach dem Erhalt der Fahrkarte muss diese vor Antritt der Fahrt an einem Entwertungsalternativen entsprechend entwertet werden.

Das Thema „Neue Medien“ wurde von Dr. Reckmann, einem Mitglied unseres Seniorenbeirates, übernommen.

Computer im Blauen Saal luden ein, auch praktisch in diese manchmal fiktiv erscheinende Welt einzutauchen. Dr. Reckmann ermutigte durch sachkompetente Moderation, alle Hemmungen beim Umgang mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie zu überwinden.

„Nur Mut – gehen Sie ins Internet.“

Ein weiteres „heißes Eisen“ wurde angefasst. „Sucht im Alter“. Es ging um Alkohol, Tabak, Medikamente, Esslust, Spielen am Automaten usw.

Wir fragten den Arzt, Dr. Norbert Schlicht, – Leiter der Geriatrie des Stadtkrankenhauses.

Wir fragten die Apotheker, Werner und Karsten Hufnagel.

Wir fragten den Suchtbeauftragten der Diakonie, Dieter E. Hauck.

Werner Hufnagel belegte anhand von Zahlen, dass 20 Prozent der älteren Männer und bis zu zehn Prozent der älteren Frauen alkoholkrank sind. Tragische Alterserlebnisse und Ereignisse führen oftmals in diese schicksalhafte Verkettung. Kein Selbstbetrug, er führt zum sozialen Rückzug – war die eindeutige Meinung der Referenten.

Eine weitere Facette war der Medikamentenmissbrauch. Nach Auskunft der

Suchtberatungsstelle gibt es in Deutschland ca. 1,5 Mio. Seniorinnen und Senioren, die von Tabletten abhängig sind. Die Dunkelziffer dürfte allerdings noch weitaus höher liegen. Vorsicht ist auch bei Hustensaft geboten, die darin vorhandenen Codein-Wirkstoffe werden im Körper zu Morphinen umgewandelt. Bei Schlafmitteln reichern sich bei permanentem Gebrauch die Wirkstoffe nach deren langer Wirkungszeit von bis zu 72 Stunden immer mehr an. Dr. Norbert Schlicht sprach über Selbsterkenntnis-Tests, um für sich selbst zu erkennen, ob man abhängig ist. Er sagte, dass zum Beispiel in Seniorenheimen rund 20 Prozent der Männer und rund vier Prozent der Frauen alkoholkrank sind. Auch Psychopharmaka bereiten den Ärzten große Sorgen, da Missbrauch oft zu Verwirrtheit und schweren Stürzen führen kann. Oft wissen die Angehörigen über die Abhängigkeit und/oder den Tablettenmissbrauch nicht einmal Bescheid. Auch Dieter Hauck konnte nachweisen, dass der Anteil der Abhängigkeiten bei älteren Menschen sehr hoch sei. Er warnte anhand von Beispielen vor der Einstellung, dass sich bei älteren Menschen eine Therapie nicht „mehr“ lohne.

„Alles was zu viel ist – Trinken, Essen, Rauchen, Spielen – kann ins Abseits führen.“

Als Nächstes ging es um das Thema „Altersdiskriminierung“. Es hätte uns niemand besser vermitteln können als Hanna Schweizer vom Büro gegen Altersdiskriminierung e. V. in Köln. Es fange damit an, dass 30jährige keine Bewerbungschancen mehr hätten, dass ältere Menschen in der Vorteilsnahme gegen jüngere benachteiligt würden, setze sich fort im Umgangston bis hin zu Hassausbrüchen, und vieles mehr. Auch würde die Würde älterer Menschen durch Einschüchterungen, Erniedrigungen, Anfeindungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen im Umfeld verletzt.

Christa Domes

GESETZE FÜR ALTENPFLEGE UND KRANKENPFLEGE

Wie derzeit im politischen Rahmen so oft, ist nach langer Planungs- und Überarbeitungszeit am 1. August 2003 endlich das neue Altenpflegegesetz in Kraft getreten. Ihm folgte am 1. Januar 2004 ein neues Gesetz für die Berufe der Kranken- und Kinderkrankenpflege. Insbesondere mit dem neuen Altenpflegegesetz werden nun die bisher unterschiedlichen Ausbildungsregelungen der Länder abgelöst und bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen. Damit sind die seit langem geforderten Voraussetzungen zur Modernisierung der Ausbildung in den drei Pflegeberufen geschaffen worden.

Im Folgenden soll es zum einen darum gehen, welche wesentlichen Veränderungen sich aus den neuen Gesetzgebungen und den dazugehörigen Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen für die zukünftigen Auszubildenden ergeben, und andererseits darum, welche Erwartungen daraus resultierend an die praktischen Pflegeeinrichtungen und die Schulen geknüpft sind:

Hauptziel der neuen Gesetzgebung in der Altenpflege ist die Schaffung einer modernen und praxisorientierten Ausbildung auf hohem Niveau, mit der zur Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes der Altenpflege beigetragen werden soll. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen und einer steigenden Nachfrage nach Fachkräften in der Altenhilfe ist der Dienstleistungsberuf „staatlich anerkannte/r Altenpfleger/In“ ein Beruf mit Zukunft.

Die Auszubildenden sollen mit der neuen Ausbildung eine umfassende Befähigung zur Pflege alter Menschen erhalten mit Schwerpunkten in der Behandlungspflege und auf dem Gebiet der sozialpflegerischen Betreuung. Neu an der schulischen Ausbildung ist ihre inhaltliche Gestaltung. Demzufolge wird das schulische Lernen verstärkt auf konkretes berufliches Handeln ausgerichtet. Das hat

zur Folge, dass es zukünftig keinen Unterricht mehr in Fächern gibt, sondern nur noch sogenannte Lernfelder unterrichtet werden (14 Lernfelder, die aus vier Lernbereichen abgeleitet sind), die sich inhaltlich aus konkreten beruflichen Aufgabenstellungen und realen Handlungsabläufen aus der Praxis ableiten lassen (thematische Einheiten mit Zielformulierung, definierten Inhalten und vorgegebenen Zeitrichtwerten). Mit dieser Neustrukturierung soll der zunehmenden Komplexität pflegerischer Alltagsherausforderungen Rechnung getragen werden. Es geht also nicht mehr um die reine Vermittlung von Spezialwissen, sondern um eine handlungsorientierte Wissenserlangung. Zukünftige Altenpfleger/Innen sollen dadurch die Fähigkeit erlangen, situationsangemessen flexibel zu reagieren, um individuell pflegen und beraten zu können. Dabei wird der Devise „Lernen durch Handeln“ gefolgt mit der Intention, beim Auszubildenden selbständiges und prozessorientiertes Lernen zu fördern.

Die praktische Ausbildung findet mindestens in zwei ambulanten und stationären Altenhilfeeinrichtungen statt. Darüber hinaus kann ein Teil der praktischen Ausbildung aber auch in einer anderen Einrichtung erfolgen, so zum Beispiel in einer geriatrischen Fachklinik. In jeder dieser Einrichtungen sollte den Auszubildenden ein/e berufspädagogisch und fachlich qualifizierte/r Praxisanleiter/In zur Anleitung und Begleitung zur Verfügung stehen. Über eine dazu erforderliche mindestens 200-stündige Zusatzqualifikation verfügen bisher aber nur wenige Mitarbeiter/Innen im Bereich der Altenhilfe. Die Ausbildung in der Praxis erfolgt auf Grundlage eines festen Ausbildungsplanes, welcher in der Gesamtverantwortung der Pflegeschule bzw. des Fachseminars für Altenpflege liegt. Der/die Auszubildende bewirbt sich zukünftig direkt bei der Praxiseinrichtung und schließt mit dieser auch den Ausbildungsvertrag

ab. Damit wird das Zustandekommen eines regelmäßigen Informationsaustausches zwischen der Theorie und der Praxis angestrebt.

Eine Altenpflegeausbildung kann beginnen, wer einen Realschulabschluss oder einen gleichwertig anerkannten Bildungsabschluss besitzt. Die Ausbildungsdauer beträgt drei Jahre und ist auch als Teilzeitausbildung möglich. Davon fallen jetzt 2100 Stunden in den Bereich der theoretischen Ausbildung (-150 Stunden) und 2500 Stunden in den praktischen Teil, was dort einer Aufwertung um 250 Stunden entspricht. Die Stundenzahlen und Zugangsvoraussetzungen sind im Übrigen identisch mit denen der neuen Kranken- und Kinderkrankenpflegeausbildung, womit ein erster wichtiger Schritt hin zu einer zukünftig gemeinsamen Pflegeausbildung geschaffen wurde.

Das langfristige Ziel hin zu einer integrierten Ausbildung ist zum Teil in der Kranken- und Kinderkrankenpflege erreicht worden. Zwei Drittel der Ausbildungsinhalte sind folglich identisch, nur ein Drittel ist getrennt voneinander zu unterrichten, um den besonderen Erfordernissen einer kindgerechten Versorgung Rechnung zu tragen. Im Gegensatz zur Berufsbezeichnung „staatlich anerkannte/r Altenpfleger/In“ ändert sich hier die Berufsbezeichnung: zukünftig werden die examinierten Fachkräfte die Bezeichnung „Gesundheit- und (Kinder-) Krankenpfleger/In“ tragen. Es ist allerdings voraussehbar, dass der alte etablierte Titel der Krankenschwester noch über Jahre Bestand haben wird, zumindest in den Köpfen der zu pflegenden Menschen. Die Ausbildungsziele werden auch hier den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Neben dem kurativen Aspekt zählen zukünftig auch das Lernen von präventiven, rehabilitativen und palliativen Handlungen zur Krankenpflegeausbildung dazu. In diesem Zusammenhang ist

hinzuzufügen, dass nun auch Praxis-einsätze in geeigneten ambulanten und stationären Pflege- oder Rehabilitations-Einrichtungen vorgesehen sind. Die Ausbildung ist ähnlich der in der Altenpflege organisiert: Der Unterricht wird in zwölf Themengebiete (vgl. Lernfelder) aufgeteilt. Auch hier ist als Hauptziel die Förderung der/des Auszubildenden zum eigenverantwortlichen Handeln zu nennen. Neben der Erhebung, Planung, Durchführung, Organisation und Dokumentation des Pflegebedarfes liegt ein weiterer Schwerpunkt auf den Themen Beratung, Anleitung und Unterstützung eines zu pflegenden Menschen. In der Praxis, das heißt also vor allem in den Krankenhäusern, wird die Einrichtung von Praxisanleiterstellen zur Pflicht, welche für den praktischen Teil der Ausbildung verantwortlich sind. Vergleichbar der Altenpflege werden auch hier mindestens zwei Jahre Berufserfahrung und eine entsprechende Zusatzqualifikation vom Gesetzgeber verlangt. Erste Ergebnisse weisen aber darauf hin, dass eine berufspädagogische Qualifikation von 200 Stunden nicht ausreicht, um eine/n Auszubildende/n in der Praxis angemessen anleiten zu können. Da hilft auch nicht die Tatsache, dass der/die Lehrer/In zur Praxisbegleitung verpflichtet ist.

Anschließend ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu beiden neuen Gesetzen zu sagen, dass sie offenbar erst ein Zwischenschritt zu einer grundlegenden Veränderung in der Pflegeausbildung darstellen. Inhaltlich wird durch sie durchaus aber eine zeitgemäße Sicht der Pflege abgebildet. Dem steht entgegen, dass im Gesundheitswesen derzeit noch nicht überall die Strukturen geschaffen sind, die zur Umsetzung der neuen Gesetzesvorgaben erforderlich wären. Ursache ist vor allem die Unklarheit darüber, wie sich im Zuge der politischen Weichenstellungen der Pflegesektor verändern bzw. entwickeln wird. Man darf darauf gespannt sein, welche Änderungen sich daraus für die Ausbildung in der Pflege ergeben werden.

Armin Koeppe

SENIORENVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

z. B. Altenberge

Viele Kontakte und Aktivitäten

Seit Oktober 2001 gibt es unser Seniorenbüro. Wir freuen uns, dass uns im Rathaus dafür ein Raum zur Verfügung steht. Anfangs hatten wir unsere Sprechstunden dienstags und freitags. Da aber der Freitag kaum angenommen wurde, haben wir auf einmal die Woche und zwar Donnerstags von 10 bis 11.30 Uhr, reduziert. Wir führen über alle Vorgänge sorgfältig Buch und konnten in den gut zwei Jahren immerhin weit über 100 Kontakte verzeichnen. Manche meinen, das sei zu wenig und es lohne sich nicht. Ich meine aber, schon wenn wir im Monat ein oder zwei Menschen helfen können, lohnt es sich, und es waren ja im Schnitt weit mehr.

Die Anliegen unserer „Kunden“ sind vielfältig. Pflegenden Angehörige wünschen mal stundenweise Entlastung, es wird gefragt nach „Essen auf Rädern“, Beratung „Wohin wende ich mich mit einem Alzheimer-Kranken?“. Hilfe bei der Beschaffung einer altengerechten Wohnung. Wer hängt mir einen Briefkasten auf, wer stellt mir ein Regal auf? Selbst das Auswechseln einer Glühbirne bei einer hoch hängenden Lampe ist für über 80jährige oft ein Problem. Dafür stehen uns dankenswerterweise einige Rentner zur Verfügung, die kleine handwerkliche Arbeiten ausführen.

Es werden aber auch Dinge an uns herangetragen wie schadhafte Bür-

gersteige, fehlende Bänke auf dem neuen Friedhofsteil usw. „Wenn ihr das bei den Ämtern vorbringt, hat es mehr Gewicht“, sagt man. So sehen wir uns auch als Bindeglied zwischen Bürgern und Gemeindeverwaltung. Formulare für die Patientenverfügung können auch bei uns abgeholt werden. Wer dazu noch Fragen hat, wird von uns beraten. Oft finden auch ältere Neubürger den Weg zu uns um zu erfragen: „Wo kann ich mich anschließen?“.

Wir können auf allerhand Aktivitäten hinweisen. Es gibt den Klönkreis, den Senioren-Sportkreis, den Senioren-Singekreis, den Senioren-Wanderkreis und im Winter den Senioren-Tanzkreis. Da sollte sich eigentlich für jeden das Richtige finden lassen. Für unseren Besuchskreis im Edith-Stein-Haus haben wir etliche Ehrenamtliche, die regelmäßig dort die alten Leute besuchen.

Eine dankbare Aufgabe, denn alte Menschen, die wenig Besuch bekommen, freuen sich immer, wenn sie etwas Unterhaltung haben.

Für all diese Tätigkeiten würden wir uns über viel mehr freiwillige Helfer freuen. Nur mit vielen guten Helfern können wir unsere Aufgaben erfüllen. Hoffentlich können wir das noch recht lange.

Margret Reifig, Zweite Vorsitzende, des Seniorenbeirats Altenberge, Leiterin des Seniorenbüros.

Land fördert Wohnungen für ältere Menschen

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung hatte vor einigen Monaten ein Gespräch mit dem Minister für Städtebau, Wohnen und Kultur, Dr. Michael Vesper. Es ging dabei vordringlich um die Themenbereiche „Wohnen im Alter“.

In einer Pressemitteilung teilt der Minister mit, dass das Land für 2004 rund eine Milliarde Euro für preisgünstigen

Wohnbau – Zielgruppen Junge Familie und ältere Menschen – zur Verfügung stellt. Mit diesem Geld sollen 13.500 Sozialwohnungen und Eigenheime gefördert werden.

Landesweit werden, so erläuterte der Minister, jährlich 25.000 neue Mietwohnungen gebraucht. Sie würden vor allem für junge Familien und ältere Menschen benötigt.

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Erfolgreiche Arbeit in den Soester Jahresseminaren

Intensiv und engagiert erarbeiteten sich 36 Teilnehmer, letztmalig unter der Leitung der Vorstandsmitglieder der LSV Herbert Klemens und Irmgard Scheinemann, beim Jahresseminar in Soest wichtige Kenntnisse und Wissensgrundlagen für ihre ehrenamtliche Arbeit in den kommunalen Seniorenvertretungen.

Ruth Hunecke, Mitglied des LSV-Vorstandes sprach zum Thema „Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement“. Heiner Beckmann beleuchtete die Gesundheitsreform und ihre Auswirkungen. Egon Backes, Vorstandsmitglied der LSV, erläuterte die Motive für die Gründung von Seniorenvertretungen, Michael Harbecke, Pressesprecher der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster, behandelte das Thema „Rentenreform 2003 und 2004“. Dr. Uta Renn, Vorstandsmitglied der LSV, zeigte die Probleme und Möglichkeiten auf „Wohnen wenn man älter wird“ und Dr. Wolfgang Klitzsch, Geschäftsführer der Ärztekammer Nordrhein, referierte zum Thema „Standortbestimmung der Medizin und Stellung des Arztes Anfang des 21. Jahrhunderts“.

Die Zahl der Interessenten ist von Jahr zu Jahr gestiegen, so dass Wartelisten angelegt werden mussten. Besonders erfreulich sei, so das Fazit von Irmgard Scheinemann, dass immer mehr jüngere Senioren sich für das Angebot in Soest interessiert hätten. Daraus habe sich im vorpolitischen Raum eine sehr fachbezogene Arbeit entwickelt. Dies



Eine Woche lang befassten sich 36 Teilnehmer mit altpolitischen Themen in der Kolpingbildungsstätte in Soest, letztmalig unter der Leitung von Herbert Klemens und Irmgard Scheinemann.

nicht zuletzt auch dank der vielen guten Referenten, die jedes Jahr zur Verfügung standen.

Irmgard Scheinemann registrierte auch, dass die ältere Generation großes Interesse an aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen zeigt. Auf dieser Basis seien neue gesetzliche Regelungen und Reformen, die sich anbahnten, bereits im Vorfeld aufgezeigt und erarbeitet worden. Da sich solche Reformen oft über Jahre hinziehen, bis endgültige Gesetze und ihre Ausführungsbestimmungen vorliegen, konnte von Jahr zu Jahr systematisch nachgearbeitet und so fundiertes Wissen aufgebaut werden.

Um ein Beispiel herauszugreifen: Bereits im vorigen Jahr wurde über das „Neue Krankenhaus Entgelt-System“ (DRG) referiert und die weitere Ent-

wicklung in diesem Jahr wiederum vorgestellt. Herbert Klemens und Irmgard Scheinemann bedauern, dass der langjährige Leiter der Soester Kolpingbildungsstätte, Dr. Böcken zum Jahresende in den Ruhestand verabschiedet wurde. Sie wünschen seinem Nachfolger, Wolfgang Hansen eine erfolgreiche Arbeit.

Für Herbert Klemens und Irmgard Scheinemann war dies das letzte Seminar, das sie als Vorstandsmitglieder geleitet haben, da sie für den neuen Vorstand der LSV nicht mehr kandidiert haben. Ihr Engagement wird jedoch nicht nachlassen: „Wir haben dem neuen Vorstand angeboten, weiterhin für die Seminararbeit unterstützend zur Verfügung zu stehen.“

Herbert Klemens und Irmgard Scheinemann

Impressum:

NUN REDEN WIR ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50, Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: www.senioren-online.net/lsv-nrw

E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

V.i.S.d.P.: Dr. Uta Renn

Redaktion: Elke Seul (fdS)

Wiss. Beratung u. Mitarbeit: Barbara Eifert

Korrektur: Wilhelm Krümpelmann

Satz und Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37, 48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im September 2004.

Thema „Sport im Alter“. Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen. **Redaktionsschluss 15. August 2004**